

Prof. Dr. Georg Grasnick

Kalter Krieg gegen die DDR

Wie ihn die BRD entfesselte, führte
und bis heute fortsetzt



Befehl Nr. 2

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

10. Juni 1945

Berlin

Am 2. Mai d. J. besetzten die Sowjettruppen Berlin. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, haben kapituliert, und einige Tage darauf hat Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation unterzeichnet. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der Obersten Befehlsgewalt über ganz Deutschland durch die oben genannten Mächte bekanntgegeben. Seit der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen besteht im Gebiet der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland feste Ordnung, sind örtliche Organe der Selbstverwaltungen und die nötigen Bedingungen für eine freie gesellschaftliche und politische Betätigung der deutschen Bevölkerung geschaffen worden.

In Anbetracht des oben Ausgeführten befehle ich:

1. Im Bereich der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland die Schaffung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Reste des Faschismus und die Festigung der demokratischen Grundlagen und bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen und in dieser Richtung die Initiative und freie Betätigung der breiten Massen der Bevölkerung fördern.
2. Der werktätigen Bevölkerung in der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland das Recht zur Vereinigung in freie Gewerkschaften und Organisationen zur Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen einzuräumen. Den Gewerkschaften und Vereinigungen das Recht zur Abschließung kollektiver Verträge mit den Unternehmern sowie zur Organisierung von Versicherungskassen und anderen Institutionen gegenseitiger Unterstützung, Kultur-, Aufklärungs- und anderen Bildungs-Vereinigungen und Organisationen zu gewähren.
3. Alle in den Punkten 1 und 2 erwähnten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften haben ihre Statuten oder die Programme ihrer Tätigkeit in den örtlichen Selbstverwaltungen und bei den militärischen Kommandanten zu registrieren und ihnen gleichzeitig die Listen der Mitglieder ihrer führenden Organe vorzulegen.
4. Festzulegen, daß für die ganze Zeit der Durchführung des Besetzungsregimes die Tätigkeit aller in den Punkten 1 und 2 erwähnten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und in Uebereinstimmung mit den von ihr herausgegebenen Instruktionen ausgeübt wird.
5. In Uebereinstimmung mit oben Dargelegtem sind die ganze faschistische Gesetzgebung und alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Verordnungen, Instruktionen usw., die sich auf die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften beziehen und gegen die demokratischen Freiheiten, bürgerlichen Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind, aufzuheben.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärischen Administration

Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow

Der Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration

Generaloberst W. W. Kurasow

Sudelkanonade auf Hochtouren

Die Sudelkanonade bundesdeutscher Politiker und Massenmedien gegen die DDR läuft mit Blick auf den 20. Jahrestag ihres Anschlusses an die BRD auf Hochtouren. Sie soll wachsender Sympathie erheblicher Teile der Bevölkerung für die Grundidee des Sozialismus begegnen und die Menschen von den immer schmerzhafteren Folgen der Gesellschaftserosion des Kapitalismus, besonders der Finanz- und Wirtschaftskrise, ablenken. Dabei steht die Hetze gegen das MfS nach wie vor im Mittelpunkt.

Generaloberst a. D. Werner Großmann, stellvertretender Minister für Staatssicherheit, antwortete in einem Inter-

Krieges und der Blockkonfrontation zu. Seit dem ersten Tag ihrer Existenz nachweislich bedroht, verhielt sie sich damals logisch und zwingend, wenn sie sich ebenfalls Schutz- und Sicherheitsorgane gab.“

Speerspitze der Konterrevolution

Der BRD, von Anfang an in die US-Strategie des „Rollback“ – eines „Zurückrollens des Sozialismus“ – einbezogen, wurde bei dem Bemühen um Restauration der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse die Rolle einer europäischen „Speerspitze“ übertragen. Die „Befreiung“ der DDR stand an erster Stelle auf dem konterrevolutionären Programm der Bonner Regierung. Das andere, das

neue Deutschland, welches das Potsdamer Abkommen als verpflichtendes Völkerrecht verstand und danach handelte, paßte nicht in die Pläne derer, die eine abermalige „Neuordnung“ Europas anstrebten. Die DDR, deren politische Führung die Ausrottung des Faschismus und Militarismus, die Entmachtung der Konzerne und Großgrundbesitzer getreu dem Schwur von Buchenwald und gemäß den Ergebnissen des 1946 in Sachsen durchgeführten Volksentscheids über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher auf ihre Fahnen geschrieben hatte, stand diesen Plänen im Wege. Mit einem Wirtschaftskrieg gedachten der USA-Imperialismus und seine Bonner Gefolgsleute, dem jungen Staat schnell das Lebenslicht ausblasen zu können.

Das Gebiet der DDR, von Kriegszerstörungen in wesentlich größerem Ausmaß als das der BRD betroffen, war zunächst ökonomisch ein Torso. Die materiell-technische Ausgangsposition betrug lediglich 50 Prozent des Niveaus der westdeutschen. Die Grundstoffindustrie, die schwerindustrielle Basis mit 120 leistungsfähigen Hochöfen, befand sich im Ruhrgebiet. Die DDR verfügte über vier veraltete Hochöfen. Von der Vorkriegsproduktion Deutschlands entfielen bei Roheisen nur 1,3 Prozent auf das Gebiet der DDR. Bei Steinkohle waren es zwei, bei Stahl sieben Prozent. Was Bodenschätze betraf, so verfügte die DDR lediglich über Braunkohle und Kalisalze, aber kaum über Steinkohle, Kupfer und Zinn. Das Verkehrswesen war schwer angeschlagen, die Landwirtschaft ausgezehrt. Außerdem trug die DDR bis 1954 die Reparationsschuld gegenüber der Sowjetunion und Polen für ganz Deutschland ab.



Kundgebung auf dem Gelände des KZ Buchenwald am 14. September 1958

view auf die Frage, warum die DDR „gleich ein ganzes Ministerium brauchte“, um der Dinge Herr zu werden: „Warum gibt es heute noch den BND, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst, den Staatsschutz und zivile Sicherheitsdienste?“ Offenbar fühle sich die BRD von inneren und äußeren Feinden bedroht. „Um wie vieles mehr“, so Großmann weiter, „traf dies für die DDR während der Zeit des Kalten

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“

Aus dem „Schwur von Buchenwald“, 19. April 1945

Vom „Röhrenembargo“ zu offenem Terror

Im Februar 1950 verbot die BRD-Regierung im Rahmen des sogenannten Interzonenhandels vertraglich vereinbarte Stahllieferungen an die DDR. Das „Röhrenembargo“ sollte dem Aufbau dort einen empfindlichen Schlag versetzen. 1951 und 1952 kam es wiederholt zum Handelsabbruch. Die BRD-Regierung, für ihre Funktion in der Systemauseinandersetzung vom US-Imperialismus im Rahmen des Marshallplans mit Dollar-Millionen angefüllt, versprach sich rasche Ergebnisse ihres Boykotts und ihrer Wirtschaftssabotage gegen die DDR. Wenige Tage nach deren Gründung mutmaßten die „Ruhrnachrichten“: „Diese sogenannte DDR ... wird das Jahr 1950 kaum er-, geschweige denn überleben.“

Unablässig wurden die schweren Anfänge der DDR von BRD-Medien mit Horrorberichten über eine „permanente Krise der Zonenwirtschaft“ begleitet. Angriffe auf Betriebe und Einrichtungen der DDR sollten diesem Wunschbild offenbar zur Realisierung verhelfen. Dazu gehörten der Sabotageakt im Berliner Kraftwerk Klingenberg, der Anschlag auf das Sprengstoffwerk Ganschwitz sowie zahlreiche Brandstiftungen in der Landwirtschaft. Bestandteil des ökonomischen Terrors gegen die DDR waren auch die Verschiebung enormer Vermögenswerte in die BRD, die Fehlleitung von Waggons nach Westberlin, Währungsmanipulationen großen Stils, vor allem Facharbeiter, Wissenschaftler und Ärzte anvisierende Abwerbungskampagnen.

Anfang 1960 wurden der DDR-Volkswirtschaft auf diese Weise zugefügte Schäden auf etwa 200 Milliarden Mark geschätzt. CSU-Chef F. J. Strauß befand 1961, daß die stufenweise Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen besser sei „als eine Maschinengewehrgarbe“.

Zur Zielsetzung des Wirtschaftskrieges gegen die DDR äußerte später der BRD-Wissenschaftler Dr. E. Hoffmann: „Indem man den Interzonenhandel hemmte, konnte man der DDR entscheidenden Schaden zufügen, sie am wirtschaftlichen Fortschritt hindern, den Lebensstandard der Bevölkerung niedrig halten, die dortige Entwicklung diskreditieren und möglicherweise einen Aufstand gegen das Regime in Bewegung setzen.“

Ein weiterer Schwerpunkt des gegen den sozialistischen deutschen Staat betriebenen Kalten Krieges war die Forcierung einer nichtmilitärischen Aggression besonders in den 50er und 60er Jahren.

Erklärungen und Praktiken der BRD-Regierung und der systemkonformen Parteien basierten auf der Nichtanerkennung des anderen Deutschland als Staat. Die DDR sollte international isoliert und schließlich liquidiert werden.

Der britische Konservative Timothy Ash schrieb in seinem Buch „Im Namen Europas – Deutschland und der geteilte Kontinent“: „In den fünfziger Jahren hatte man ernsthaft darüber nachgedacht, durch eine ‚Politik der Stärke‘ den Rest Deutschlands in

den Westen zu ziehen und damit, zumindest temporär, die Variante des ‚vereinigten Deutschlands im geteilten Europa‘ zu schaffen.“

Das Bonner Feindbild und die ihm entsprechende Sprachregelung kannten nur solche diffamierenden Begriffe wie „Zone“, „Gebilde“, „Phänomen“ usw.

Nach dortiger Lesart war das Deutsche Reich 1945 nicht untergegangen. Immer wieder wurde der Anspruch der BRD auf die „Rechtsnachfolge“ erhoben.

Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärte, „daß es nur einen deutschen Staat gibt, gegeben hat und geben wird, und daß es einzig und allein die Organe der Bundesregierung sind, die heute diesen niemals untergegangenen deutschen Staat vertreten“. Sein Amtsnachfolger Ludwig Erhard formulierte: „Die Bundesregierung hält an ihrem Alleinvertretungsrecht für alle Deutschen fest.“

Die Hallstein-Doktrin und der „Tag X“

Diese völkerrechtswidrige Anmaßung fand ihren Ausdruck in der sogenannten Hallstein-Doktrin. Sie hieß so



Großplakat des Nationalrats der Nationalen Front, Berlin 1951

nach ihrem „Erfinder“, dem damaligen Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt Walter Hallstein.

Alle 150 gesamtdeutschen DDR-Initiativen, darunter Vorschläge für freie gesamtdeutsche Wahlen, gegen Remilitarisierung, für eine deutsche Konföderation, überhaupt für ein friedliches Zusammenleben der beiden deutschen Staaten, wurden von der Bonner Regierung ignoriert oder abgelehnt. Adenauer erklärte dazu am 20. Juni 1952 im „Rheinischen Merkur“: „Es gibt nur ein Deutschland, das deutsche Bundesrepublik heißt, und was östlich von Elbe und Werra liegt, sind unerlöste Provinzen.“ Es gehe nicht um Wiedervereinigung, sondern „um Befreiung des Verlorenen“.

Die Alleinvertretungsanmaßung kam faktisch einer Kriegserklärung gleich. Systematisch wurde im Rahmen der Rollback-Strategie auf den „Tag X“ als Termin der Beseitigung der DDR hingewirkt.

Bereits Anfang 1950 hatte die Adenauer-Regierung mit der Planung konkreter Maßnahmen nach diesem „Tag X“ begonnen. 1952 war von ihr ein „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ gebildet worden. In fünf „Grauen Plänen“ wurde zwischen 1954 und 1969 detailliert das konterrevolutionäre Programm zur Liquidierung der sozialistischen Errungenschaften in der DDR fixiert.

Beispielsweise hieß es über die volkseigenen Betriebe, sie sollten mit der Wiedervereinigung zu rechtlich und wirtschaftlich selbständigen Unternehmen, also wieder Eigentum ihrer früheren Besitzer werden. Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sollten „möglichst schnell wieder aufgelöst werden“. Großgrundbesitzer seien bei der Rückgabe „bevorzugt zu berücksichtigen“. Es gehe darum, Unternehmerverbände zu installieren und die in der DDR vollzogenen Reformen in Schule und Justiz rückgängig zu machen. Im „Forschungsbeirat“ saßen Vertreter der in der DDR enteigneten Konzerne und Großgrundbesitzer, „Experten der Marktwirtschaft“ aus BDI, BDA und DIHT, der Minister für „Gesamtdeutsche Fragen“ sowie Vertreter der Bundestagsparteien. Als Leiter des Beirats wurde ein gewisser Friedrich Ernst (siehe die nebenstehende Todesanzeige) berufen, der in Hitlers „Drittem Reich“ Chef des „Reichskommissariats für die Verwaltung feindlicher Vermögenswerte“ gewesen war. An seiner Seite wirkte Karl Thalheim, zu Nazizeiten Berater von Großbanken in Annexions- und Rüstungsfragen. Zu den „Planern“ gehörte auch Prof. Dr. Werner Bosch, ehemals Leiter der „Chefgruppe W der Wirtschaftsinspektion Mitte bei den Verbänden der Heeresgruppe Mitte“ in den zeitweilig okkupierten Gebieten der Sowjetunion, befaßt mit der ökonomischen Ausplünderung und Verschleppung von Arbeitskräften. In diesem illustren Kreis durfte auch Dr. Hanns Gareis nicht fehlen. Er war Stabsleiter der Reichshauptabteilung I im faschistischen „Reichsnährstand“ und nach der Besetzung Polens durch die Hitlerwehrmacht im Gebiet Kraków für die „völkische Blut-und-Boden-Politik“

zuständig, d. h. für die Vertreibung der polnischen Bevölkerung von Haus und Hof.

Einen besonderen Stellenwert für die Umsetzung der Pläne des „Forschungsbeirats“ besaß die Spionage- und Sabotagetätigkeit gegen die DDR.

Schon einen Monat nach Gründung der DDR, am 6. November 1949, hatte der US-Bürger Josef L. Morse im Westberliner „Tagesspiegel“ zum „Kampf gegen den Kommunismus“ aufgerufen und verlangt, es müsse „eine geheime internationale Interventionsarmee aufgestellt werden, die etwa eine Million Spezialisten zählt und sich aus Spionen, Agenten und Organisatoren, aus Saboteuren, Propagandisten und Agitatoren rekrutiert“.

Die Bonner Regierung ließ sich das nicht zweimal sagen.

Am 28. November 1960 verschied plötzlich und unerwartet

Ministerialdirektor a. D. DR. FRIEDRICH ERNST

Seit der Gründung im Jahre 1952 bis zum Sommer 1958 war er Präsident des Forschungsbeirates. Auch nachdem er sein Amt niedergelegt hatte, nahm er aktiv und maßgeblich an den Arbeiten des Forschungsbeirates teil. Dr. Friedrich Ernst hat sich selbstlos und unermüdet dem Aufbau und der Arbeit des Forschungsbeirates gewidmet. Sein umfangreiches Wissen, seine Schaffenskraft, sein sachliches Urteil und sein lauterer Wesen haben entscheidend dazu beigetragen, daß sich im Forschungsbeirat Vertreter der verschiedensten Bereiche des öffentlichen Lebens zu fruchtbarer und gründlicher Vorarbeit für die Wiedervereinigung zusammengefunden haben. Sein von großer Verantwortung und innerer Verpflichtung getragenes Wirken fand volle Anerkennung von allen Seiten. Anlässlich des Wechsels der Präsidentschaft hat der Herr Bundeskanzler in einer Sondersitzung des Plenums die Verdienste von Herrn Dr. Ernst um die Wiedervereinigungsarbeit mit eindrucksvollen Worten gewürdigt.

Das Andenken an Dr. Friedrich Ernst wird immer lebendig bleiben. Der Forschungsbeirat wird nach seinem Vorbild weiterarbeiten.

Todesanzeige aus dem „Dritten Tätigkeitsbericht“ des „Forschungsbeirats ...“, herausgegeben vom „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“, Bonn und Berlin 1961

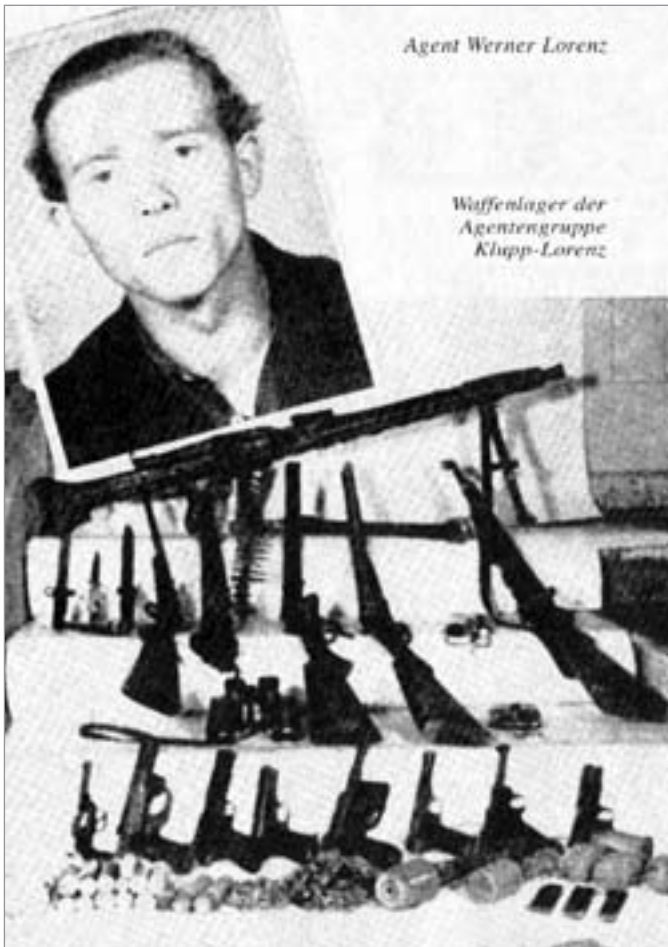
Bereits Mitte 1950 hatte das „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ unter Einbeziehung von britischen und amerikanischen Geheimdiensten einen Plan zur Störung des wirtschaftlichen Aufbaus der DDR beraten. Als Schwerpunkte der Unterminierungstätigkeit wurden die Einrichtung und Aufstockung von Agenturen in wichtigen volkseigenen Betrieben, Ministerien, Parteien und Gewerkschaften sowie Sabotage in der Produktion und im Verkehrswesen, überdies die Desorganisierung

der Planungsabläufe bezeichnet. BRD-Minister Jakob Kaiser leitete diese Beratung.

Nervenkrieg und Schießkrieg

Im Herbst 1950 wurde das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ verabschiedet. Das Bundesamt und die Landesämter dieses ersten offiziellen Geheimdienstes der BRD hatten auch den Auftrag, wesentliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der DDR auszukundschaften. Sie sollten den Wirtschaftskrieg inspirieren und aktivieren sowie – ausgestattet mit erheblichen Mitteln – massiven Widerstand gegen die gesellschaft-

In der Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten zum 13. August 1961 hieß es u. a.: „Die Westmächte haben sich nicht nur nicht um die Normalisierung der Lage in Westberlin bemüht, sondern fahren fort, es als Zentrum der Wühltätigkeit gegen die DDR und andere Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu mißbrauchen. Es gibt auf der Erde keinen anderen Ort, wo so viele Spionage- und Wühlzentralen fremder Staaten konzentriert sind und sich ungestraft betätigen können. Sie schleusen Agenten in die DDR ein, damit diese Diversionsakte unternehmen. Sie werben Spione an und putschen feindliche Elemente zu Sabotagehandlungen und Unruhen in der DDR auf.“



Aus dem Buch „Unmenschlichkeit als System. Dokumentarbericht über die KGU“, Kongress-Verlag, Berlin 1957

lichen Veränderungen in der DDR organisieren. Am 9. Juli 1961, wenige Wochen vor der Sicherung der DDR-Grenze, forderte die „Bonner Rundschau“, „alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden. Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr.“ BRD-Bundeswehrminister F. J. Strauß ließ am 1. August 1961 verlauten, „daß der Westen auf eine Art Bürgerkrieg vorbereitet sein muß“.

„Pfahl im Fleische“ der DDR

Westberlin galt im Kalten Krieg erklärtermaßen als „billigste Atombombe“ und als „Pfahl im Fleische“ der DDR. Von hier aus wurde intensiv ein „Ausbluten der Zone“ betrieben.

Im Westen Berlins stationierte imperialistische Geheimdienste und Einrichtungen waren auf Diversion, Terror und antikommunistische Propaganda spezialisiert. Das „Informationsbüro West“, die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, der „Untersuchungsausschuß freier Juristen“, Ostbüros von SPD und CDU unterhielten umfangreiche Apparate zur Ausspionierung wichtiger Lebensbereiche der DDR sowie für den subversiven Kampf. Das Ausmaß dieser Umtriebe wird durch die Tatsache verdeutlicht, daß allein 5000 Agenten und Spione westlicher Geheimdienste von den Abwehrorganen des MfS enttarnt und dingfest gemacht wurden.

Der Kalte Krieg gegen die DDR war nicht nur ein Wirtschaftskrieg. Es handelte sich auch nicht allein um die entspannungsfeindliche Politik der Nichtanerkennung der DDR als Staat und eine umfangreiche Spionage- und Agententätigkeit. Vor allem gehörten auch friedensgefährdende Aggressionsvorbereitungen der NATO im Rahmen der militärischen Rollback-Strategie Washingtons dazu.

Der Kurs der Bonner Regierung schloß die Position ein, die Grenze zwischen DDR und BRD, also die Trennlinie zwischen den beiden miteinander unvereinbaren gesellschaftlichen Systemen, wo sich die Streitkräfte des Warschauer Vertrages und der NATO unmittelbar gegenüberstanden, nicht als Staatsgrenze anzuerkennen. 1973 urteilte das Bundesverfassungsgericht, es handle sich bei dieser auch als Demarkationslinie bezeichneten Grenze zwischen der DDR und der BRD um eine Abgrenzung „ähnlich jener, wie sie zwischen den Ländern der Bundesrepublik besteht“. Das hieß Ermunterung, diese Staatsgrenze zu mißachten und permanent zu verletzen.

Erste Schlacht an der Elbe

Die Härte des mit wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Mitteln gegen die DDR geführten Kalten Krieges wurde durch dessen militärische Variante ins

Extrem gesteigert. Die Rollback-Strategie des US-Imperialismus fand gerade in Führungskreisen des bundesdeutschen Militärs besonders eifrige Verfechter. Die ideologische Einstimmung auf diesen gefährlichen Kurs hatte der erste BRD-Kanzler Adenauer schon am 5. März 1952 mit einer im Norddeutschen Rundfunk

Deutschen sollten nicht über Wiederbewaffnung reden. Wir sollten handeln, stillschweigend, aber schnell.“ Die Bundeswehr, Streitmacht eines Staates, der als einziger in Europa die Nachkriegsgrenzen nicht anerkannte und dessen Soldaten sich in Eid und Gelöbnis bewußt auf „das deutsche Volk“ in seiner Gesamtheit zu beziehen hatten, war von Beginn an antikommunistisch indoktriniert und in reaktionärem Traditionsbewußtsein erzogen.



Regierungsbunker der BRD in Marienthal bei Ahrweiler – Kommandozentrale, von der aus die Bundesregierung 1966 den „Ernstfall“ probte

abgegebenen Grundsatzerklärung vorgenommen: „Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt ... mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze Europa östlich des Eisernen Vorhanges zu befreien.“ Der in dieser Erklärung zum Ausdruck kommende politische Wahnwitz, das Setzen auf eine „Politik der Stärke“, erinnerte an dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Die Bundesregierung hatte die durchgängige Remilitarisierung und den Aufbau der Bundeswehr im Auge. Weil die neue Aggressionsarmee zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht aufgebaut war, setzte der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher auf die NATO. Die „Nürnberger Nachrichten“ meldeten am 25. Oktober 1950, ein Jahr nach Gründung der DDR: „Dr. Schumacher, der seit Monaten die Aufstellung zahlreicher alliierter Divisionen in Deutschland forderte, um im Falle eines Krieges die erste Schlacht an der Elbe und die zweite an der Weichsel schlagen zu können, meinte, daß die angekündigten Verstärkungen nicht ausreichend seien ...“

Um den deutschen Imperialismus für seine konterrevolutionäre „Befreiungsmission“ und die „Neuordnung Europas“ fit zu machen, bedurfte es militärischer Stärke. Im August 1950 verlangte der damalige BRD-Vizekanzler Blücher: „Wir

Vom „Fall Rot“ zur „Vorneverteidigung“

Im Bundeswehr-Weißbuch von 1979 wurde betont, daß das „Wiedervereinigungsgebot“ den politischen Auftrag der Armee der BRD prägte. F. J. Strauß kannte „nur noch den ‚Fall Rot‘“. Vor dem Hintergrund der Alleinvertretungsanmaßung gegenüber der DDR formulierte er: „Nur eine entschlossene Initiative kann helfen, uns aus den Fesseln des Status quo zu befreien.“

Die BRD wurde zum Hauptstationierungsland von NATO-Truppen, zum größten US-Waffendepot in Europa, zum Lagerplatz und zur Abschubarampe amerikanischer Atomraketen. Die führenden BRD-Militärs übernahmen unter der These von der „Vorneverteidigung“ das im Pentagon vertretene Prinzip, „die Fähigkeit zu besitzen, den ersten Schlag zu führen“.

„Die Welt“ stellte am 5. August 1977 unter der Schlagzeile „Vorneverteidigung ist für die Deutschen unabdingbar“ u.a. fest: „Seit der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO im Jahre 1955 war es das Bestreben Bonns gewesen, die ‚Vorneverteidigung‘ vom Rhein an die Grenze zum Warschauer Pakt nach Osten zu verlegen. Das gelang.“

Aus „Vorneverteidigung“ wurde recht schnell nukleare „Vorwärtsstrategie“.



Das Gebäude des Frontstadtsenders RIAS in der Westberliner Kufsteiner Straße

Das Manöver „Fallex 66“ sollte noch als interne westdeutsche „Polizeiaktion“ zur „Befreiung“ der DDR gelten. Offenbar knüpfte es an den erst 1959 publik gewordenen Plan „DECO II“ aus dem Jahre 1955 an. Sein Inhalt: „Die Operation DECO II sieht ein schlagartiges Zusammenwirken von Land-, Luft- und Seeverbänden, Propagandaeinheiten und den vor Anlaufen der militärischen Operationen nach Ostberlin und strategisch wichtigen Punkten der SBZ zu infiltrierenden militärischen Einheiten vor.“ Und weiter: „Die nach Ostberlin eingeschleusten Verbände der 3. LSKG in Zivil besetzen zum Zeitpunkt ‚E‘ schlagartig sämtliche sowjetzonalen staatlichen und militärischen Dienst- und Kommandostellen, Telegraf- und Fernsprechämter, Reichsbahn- und Stadtbahnhöfe, Rundfunksender, Großverlage, Staatsreservelager, Industrie- und Hafenanlagen, Ausfallstraßen und Grenzkontrollpunkte ...“

335 Atombomben auf DDR-Städte

Bei den Manöverserien „Autumn Forge“, „Reforger“, „Crusader“ und anderen, an denen Hunderttausende Soldaten der NATO teilnahmen, spielten Elemente der von der BRD in die NATO eingebrachten „Vorwärtsstrategie“ immer wieder eine wesentliche Rolle.

Bei den alle zwei Jahre durchgeführten NATO-Planspielen „Wintex“ wurde theoretisch der Atomkrieg geprobt. Schon 1955 war bei dem NATO-Luftwaffenmanöver „Carte Blanche“ der Abwurf von 335 Atombomben auf DDR-Städte simuliert worden.

Die militärischen Vorbereitungen für eine „Befreiung“ der DDR wurden durch einen intensiven psychologischen Krieg gegen den sozialistischen deutschen Staat begleitet. Elektronische Medien wie Hörfunk und Fernsehen setzten vom Boden der BRD und Westberlins alles daran, antikommunistische Stereotype zu propagieren, Einfluß auf das Bewußtsein der DDR-Bürger im Sinne konterrevolutionärer Auffassungen zu nehmen, sogenannte Widerstandsorganisationen aufbauen zu helfen und zu fördern, staatsfeindliche Aktionen zu stimulieren und zu organisieren sowie Sabotage im Verkehrswesen und in der Wirtschaft auszulösen.

Die Betreiber des Medien-Krieges in der BRD und in Westberlin kooperierten mit entsprechenden US-Einrichtungen. Der NATO-Ministerrat maß dieser Kriegsführung einen hohen Stellenwert und seit den 70er Jahren ein immer größeres Gewicht bei.

RIAS und SFB als Kommandozentralen

Die Aufgabe der westlichen Rundfunk- und Fernseh-Anstalten bestand nach Auffassung des US-Experten Edmund Taylor darin, „vor allem Aktionen zu organisieren, zu koordinieren: Streiks, Arbeitslangsam-Aktionen, Demonstrationen, Mauerpropaganda, Sabotage der Verkehrsmittel einschließlich der Schifffahrt und des Flugverkehrs, die Ermunterung zum Ungehorsam in breitem Ausmaße, Förderung der Einzel- und Massenflucht, Organisation von Ausbrüchen aus ostdeutschen

Gefängnissen. All das hängt von einer weitreichenden Rundfunkagitation und -instruktion ab. Die Endphase vor dem totalen Aufstand würde erforderlichenfalls der Art von Terror-Guerilla-Kriegsführung entsprechen ... Der Rundfunk kann Äußerungen sonst flüchtiger Natur eine ungeheure Resonanz verleihen. Sowohl der RIAS als auch der Sender ‚Freies Europa‘ haben wiederholt diese Fähigkeit demonstriert.“

Dem RIAS, der 1946 von der US-Administration als erstes ihrer Sprachrohre in Europa eingerichtet wurde, kam dabei in Vorbereitung des „Tages X“ eine bedeutende Rolle zu.

Die „New York Herald Tribune“ schrieb am 11. Juli 1952: „Wegen seiner Sendungen, aber auch wegen der Informationen, die er sammelt, ist der RIAS für den Erfolg der Arbeiten gewisser deutscher Widerstandsorganisationen, die ihr Hauptquartier in Berlin haben, unschätzbar.“ Seit seiner Gründung den verschiedensten Geheimdiensten verbunden, arbeitete der RIAS eng mit einer Reihe von Westberlin aus operierender Agentenzentralen zusammen. Einigen von ihnen, so der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, dem „Bund freier Juristen“ und dem „Ostbüro der SPD“ räumte er sogar feste Sendezeiten ein.

In der „Chicago Daily Tribune“ wurde Klartext geschrieben: „Wir müssen durch fortgesetzte Propaganda in der sowjetischen Besatzungszone eine Armee von Guerillas schaffen ... Die Werbung wie auch die Befehlsübermittlung bis zur gegebenen Stunde sind die Hauptaufgabe des RIAS.“

Mitte Juni 1953 schien der US-Administration und deren westdeutschen Partnern die Zeit gekommen, die durch fehlerhafte Normenpolitik der DDR-Regierung entstandene Situation günstig, um langgehegte konterrevolutionäre Träume Wirklichkeit werden zu lassen.



17. Juni 1953: Brennende HO-Verkaufsstelle am Potsdamer Platz ...

Am 13. Juni hatte der nach Westberlin eingeflogene Chef des US-Geheimdienstes Allan Dulles die „Aktionsplanung“ abgesegnet.

Am 16. Juni unterbrach der RIAS sein „normales“ Programm. Er begann mit einer Sonderberichterstattung



... und die Antwort der Arbeiterklasse

über den „Aufstand“ in der DDR. Ein Korrespondent der „New York Times“ kabelte zwei Tage später an seine Redaktion: „Es wäre niemals zu den Unruhen gekommen, wären nicht die Sendungen des RIAS gewesen ... Der Propagandasender der USA in Berlin verbreitete am Mittwoch (dem 17. Juni 1953, d. Verf.) von 5.00 Uhr an für alle Teile Ostdeutschlands detaillierte Anweisungen.“ Nachdem die konterrevolutionären Blütenräume Washingtons und Bonns in diesen Juni-Tagen nicht aufgegangen waren, erhöhte die US-Administration das Budget des Senders. Der RIAS wurde zum, wie es hieß, „politisch intensivsten Sender der Welt“. Helmut Kohl sprach anlässlich des 30jährigen Bestehens des RIAS von einer „festen Brücke, die vom Weiterbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937“ ausgehe und zu „den Menschen in Ostberlin und in der DDR geschlagen“ worden sei.

Neben dem RIAS waren vor allem der Sender Freies Berlin (SFB) und der Deutschlandfunk (DLF) in die Bestrebungen eingebunden, die DDR als Staat zu delegitimieren und zu destabilisieren.

Auch der DLF bekannte sich unumwunden zum Antikommunismus. Am 17. August 1975 hieß es in diesem Sender: „Nun kann man die Schlußakte von Helsinki von vorn bis hinten durchblättern, es findet sich kein einziges Wort darüber, daß die auszutauschenden Informationen frei von Antikommunismus sein müssen und sollen ... Abgesehen davon ist zu fragen, warum Antikommunismus eigentlich etwas Schlimmes sein soll.“ Der DLF sprach sich ausdrücklich dafür aus, „regimekritische und oppositionelle Bestrebungen“ weiter zu propagieren. Der Sender erklärte als „die wichtigste Aufgabe, die uns im Westen zukommt“, gegen die Staatsordnung der DDR gerichtete Pamphlete „unter der DDR-Bevölkerung zu verbreiten“. Man spekulierte darauf, daß derartige

Umtriebe schließlich einen Umfang annehmen könnten, „der ein polizeiliches Vorgehen ausschließt, wenn die Funktionsfähigkeit des ganzen Systems der DDR infrage gestellt wird“.

Geheimsprache und codierte Botschaften

Der SFB, 1946 als „Frontstadtseher“ gegründet, trug mit speziellen Programmen zum elektronischen Krieg gegen die DDR bei. Das tat er beispielsweise mit der Reihe „Die Zone hat das Wort“ oder mit seiner sogenannten Grußsendung, die sich einer Geheimsprache bediente. In einem Pressebericht hieß es dazu, aus Briefen gehe hervor, „daß auch die verschlüsselten Botschaften ihre Empfänger erreichten“.

Elektronische Medien der BRD und Westberlins suggerierten, man

könne die „innerdeutsche“ Grenze unter Mißachtung der Gesetze und Rechtsvorschriften der DDR „durchlässig machen“, also beliebig passieren. Dabei war Politikern und Journalisten, die solche „Ermunterungen“ aussprachen, durchaus bewußt, daß Versuche des illegalen Übertritts an dieser wie an anderen Grenzen lebensgefährlich sein konnten. Eine Folge solcher „Inspiration“ zeigte sich in Tausenden von Anschlägen gegen Sicherungsanlagen an der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten bzw. zwischen der DDR und Westberlin. Allein von 1980 bis 1988 wurden in 209 Fällen DDR-Grenzposten mit Schusswaffen bedroht und angegriffen. Es kam zu 98 Verletzungen des Luftraums der DDR. Der vom Boden der BRD gegen die DDR betriebene Kalte Krieg brachte die Völker nicht nur unseres Kontinents wiederholt an den Rand der atomaren Katastrophe. Daß er nicht in einen heißen Umschlag, ist vor allem auch der Besonnenheit von Regierung und bewaffneten Organen der DDR zu verdanken.



Unteroffizier Egon Schultz wurde am 5. Oktober 1964 bei der Ausübung seines Dienstes an der Staatsgrenze der DDR von Westberliner Fluchthelfern durch gezielte Schüsse ermordet – eines von vielen Opfern des antikommunistischen Kreuzzugs gegen die DDR

DDR-Erbe lebt fort

Der sozialistische deutsche Staat gehört seit 1990 der Geschichte an. Doch der Kalte Krieg gegen ihn wird unvermindert und ohne absehbares Ende fortgesetzt. In über 40 Jahren ihres Bestehens zogen die Gegner des Sozialismus alle Register zur Zerschlagung der DDR. Warum dieser Eifer? Die DDR stellte eine glaubwürdige und erfolgreiche Alternative zum deutschen Imperialismus und seinem Gesellschaftssystem dar. Sie nahm Konzernen und Großbanken die Möglichkeit, „Humankapital“ zu „verwerten“ und hohe Renditen zu erzielen. Sie rodete die sozialen und politischen Wurzeln des Faschismus. Sie war der erste deutsche Staat, von dessen Boden kein Krieg ausging. Mit anderen Worten: Ihre bloße Existenz war eine ständige Herausforderung an die Verfechter des Alten.

Weshalb aber wird der Kalte Krieg auch heute noch mit unverminderter Schärfe weitergeführt, obwohl die DDR

schon vor 20 Jahren der Konterrevolution zum Opfer gefallen ist? Die ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung und deren Verkörperung auf deutschen Boden – die DDR – leben in den Gedanken vieler Menschen fort. Bei Umfragen bejahte schon Anfang der 90er Jahre eine Mehrheit der Ostdeutschen die Frage: „Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde?“ 1991 antworteten auch 30 Prozent der Westdeutschen darauf mit ja, 2007 waren es sogar 45 Prozent.

Je mehr das kapitalistische System die Maske fallenläßt und sein wahres Wesen offenbart, je mehr die konkreten Folgen seiner allseitigen Krise bei den Betroffenen Wut und Empörung auslösen, desto heftiger und giftiger werden die Schmähattacken auf die angeblich „längst verblichene“ DDR. „Haltet den Dieb!“, rufen die Ausbeuter, um von ihrem Raubzug abzulenken. Ein eklatantes Eingeständnis der Schwäche des Kapitalismus, für dessen „ewigen Bestand“ Politiker und Medienmacher der Bourgeoisie so kraftvoll in die Tasten greifen.



„Wir werden alles und das Letzte unternehmen, ich sage ausdrücklich: alles und das Letzte, um die Sowjetische Besatzungszone wieder zurück-zuholen ...“

BRD-Außenminister Heinrich von Brentano Anfang der 50er Jahre

Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß inspizieren das erste Panzermodell der Bundeswehr



Die Nazi-Generale Adolf Heusinger (links) und Hans Speidel werden am 12. 11. 1955 vom ersten BRD-„Verteidigungsminister“ Theodor Blank in ihre Ämter als Bundeswehr-Kommandeure eingeführt



Franz Josef Strauß kannte nur den „Fall Rot“

Impressum

„RotFuchs“, c/o Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinstraße 10, 10318 Berlin

Bildredaktion: Wolfgang Metzger
Beilage zum „RotFuchs“ Nr. 152 (September 2010)